

# Volkswacht

für Schlesien

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.10 M., auswärts 1.35 M., Anzeigen unter Text 1.30 M., auswärts 1.50 M., Stellenangebote, Familienangelegenheiten 0.45 M., Stellengesuche, Verleumdungs- und Wohnung-Anzeigen 0.45 M., kleine Anzeigen pro Wort 0.50 M., das letzte Wort 1.00 M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis normaler 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

**Organ für die wertvolle Bevölkerung**

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. 3582

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Brannenstraße Nr. 5, und durch alle Anzeiger zu beziehen. Bezugspreis, monatlich 6.50 M., vierteljährlich 19.50 M. (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 19.50 M.

## Wem schadet Wirtschaftskrieg mit Polen?

### Neubildung des Kabinetts Wirth? — Karl Habsburg vor Budapest.

#### Die „neue Lage“.

Das Genfer Diktat schafft, so sagt die Rücktrittserklärung des Reichskanzlers Dr. Wirth, für Deutschland „eine neue Lage“. Um diese deutlich zu demonstrieren, ist das Kabinett Wirth zurückgetreten. Die Veranlassung zu diesem Schritt hat in erster Reihe die Regierungspartei der Deutsch-Demokraten gegeben, der dann das Zentrum zustimmte. Wir Sozialdemokraten waren der Meinung, daß die „neue Lage“ dem Ausland und Inland nicht erst demonstriert werden muß, sondern deutlich genug für sich spricht.

Zentrum und Demokraten und übrigens auch die Unabhängigen stimmen mit uns darüber überein, daß von einer „Schuld“ des Kabinetts Wirth an der nehmungsvollen Entscheidung über Oberschlesien nicht die Rede sein kann. In der Vertretung und technischen Durchführung der Grundgedanken der Wirthschen Politik sind im einzelnen schwere Fehler gemacht worden, die, soweit sie auf Oberschlesien ungünstig zurückgewirkt haben, durchweg das Einzelresort des Außenministeriums belasten.

Das Außenministerium hat die Vertretung des Deutschen Reichs in Genf zunächst gar nicht und dann so unglücklich wie möglich organisiert und die Grundgedanken der Wirthschen Politik in der ober-schlesischen Frage auch durch Einzelmaßnahmen, die gegenwärtig noch nicht öffentlich erörtert werden können, immer wieder durchkreuzt. Über diese Grundgedanken selbst, das gibt auch heute jeder von Parteigehässigkeit freie Beurteiler der Sachlage zu, waren die einzigen, die die deutsche Politik in dieser Lage überhaupt vertreten konnte. Jemand eine andere Politik, die länger als fünf Tage zu führen war, ist nach dem Rücktritt des unglückseligen Simons ernsthaft von keinem deutschen Politiker empfohlen worden. Eine Mißbilligung der Kabinetts-politik hätte daher im Reichstag auch kaum eine Mehrheit gefunden.

Der Reichstagspräsident hat daher dem Reichspräsidenten, wie aus den vorliegenden Meldungen hervorgeht, den Vorschlag gemacht, dem bisherigen Reichskanzler auch die Neubildung der Regierung wieder zu übertragen. Wir haben an dieser Stelle in den letzten Tagen wiederholt dargelegt, daß für unsere Partei als solche ein taktisches Interesse nicht besteht, jetzt wieder einige Reichsministerien zu besetzen und die Mitverantwortung für die Reichsregierung zu übernehmen. Das Diktat über Oberschlesien hat durch die Ausrückung des Landes im Osten für Steuer- und Walfutahändler die Interessen der großen wirtschaftlichen Privatunternehmer gegenüber den Interessen des Staates und seinen bisherigen Trägern in den breiten Massen so sehr gestärkt, daß man den nach ihren Worten zu „nationalen“ politischen Interessensvertretern der Großindustrie und des Großhandels mit ihren agrarischen Freunden wirklich einmal die Sorge für die volkswirtschaftlichen Folgen ihrer privatwirtschaftlichen Unglücksgerinne aufbürden möchte. Aber leider drängt die Not des Augenblicks ebensosehr wie zu einem Verzicht auf eine sofortige Auseinandersetzung über die von deutschen Amtsstellen gemachten Fehlern auch auf eine Zurückstellung des Gesichtspunktes der Gerechtigkeit: daß nämlich die Regierungsbildung Verantwortung und tatsächlichen Einfluß jeder politischen Partei in ein gerechtes Verhältnis bringen sollte. Die Lösung dieser großen Aufgaben der deutschen Politik der allernächsten Tage und Wochen ist so sehr lebensnotwendig, daß in seiner Not bedrohten deutschen Volkes und insbesondere seiner arbeitenden Schichten, daß jeder in die Bresche springen muß, der dafür etwas leisten kann.

Die erste Aufgabe ist unseres Erachtens: Wie gestalten wir die Rechtsverwahrung gegen das Genfer Diktat, mag sie auch im Augenblick nicht unmittelbare praktische Bedeutung haben, so wirksam wie möglich? Wie bringen wir nicht nur zur Entladung unserer eigenen Stimmung, sondern auch mit Wirkung auf das Ausland, am besten zum Ausdruck, daß der

und am meisten auch als friedlich anerkannten Reichsregierung erfolgt, die in Deutschland überhaupt möglich ist.

Wie schützen wir das Deutschtum in dem nun polnisch werdenden Gebiet vor dem völligen Zusammenbruch und wie verhindern wir, daß das Vorrücken der polnischen Grenze nach Westen und die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz gerade auch polnisch sprechender Arbeitermassen in ihren bisherigen Arbeits- und Siedlungsstätten in Oberschlesien zu einer neuen Ueberflutung rein deutschen Gebietes mit einem starken polnischen Einwanderungsstrom führt? Es gibt in Berlin jetzt deutsche Journalisten, denen tatsächlich nichts besseres einfällt, als jetzt einen Wirtschaftskrieg der Rache gegen Polen zu predigen. Die Herren vergessen augenscheinlich, daß in Polen nun einige Millionen Deutscher leben, die die ersten Leidtragenden in einem solchen Wirtschaftskrieg wären. Sie vergessen aber auch, daß Arbeitslosigkeit in Polen jetzt zu einem Masseneinstromen polnischer Arbeiter durch das ober-schlesische Land nach Deutschland führen kann. Wögen wir angesichts unserer Walfut-entwidelung mit sinkender Arbeitslosigkeit auch im Inlande rechnen, so erhebt sich doch hier sofort eine erst soziale Frage, die Wohnungsfrage. Von den nationalen politischen Folgen sei dabei für heute noch gar nicht gesprochen. Die schlesischen freien Gewerkschaften haben sich am Sonnabend mit diesen Fragen beschäftigt, und praktisch dazu in einer Weise Stellung genommen, die uns grundlegend scheint und auf die wir daher noch öfters zurückkommen werden. Wir verweisen für heute auf ihren Aufruf an anderer Stelle des Blattes. Voraussetzung für die Lösung dieser Fragen ist jedenfalls nicht Wirtschaftskrieg, sondern Wirtschaftsverständigung trotz dem Entendruck, der unsere starke Position in diesen Verhandlungen nicht ganz wird unterwühlen können.

Wie bringen wir die Erfüllungspolitik gegenüber den Wiedergutmachungsorderungen nach dieser schwersten Erschütterung ihrer bisherigen Voraussetzungen ohne schädliche Provokationen auf eine Linie, die unsere Walfuta und damit unser Wirtschaftsleben vor der weiteren Auswirkung der Katastrophe schützt? Der volksparteiliche Abgeordnete für Breslau, Herr von Rheinbaben, hat in der Breslauer Rundgebung gegen die Genfer Beschlüsse erklärt: den Erfüllungswillen ändern das Diktat nicht, wohl aber die objektiven Voraussetzungen der Erfüllung. Wir wissen nicht, ob die Volkspartei diesen vernünftigen Standpunkt heute teilt; man kann ja bei der Volkspartei gemäß ihrer nationalliberalen Vergangenheit nie wissen, wie sie zu den entscheidenden Fragen der großen Politik gerade steht. Sonnabend beschloß sie Ablehnung der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen und stellte sich so extrem, wie die Deutschenationalen oder Herr Theodor Wolff vom „Berliner Tageblatt“. Heute ist sie bereits für Wirtschaftsverhandlungen — wie wir übrigens am Sonnabend voraussetzten.

In der Wiedergutmachungsfrage ist unserer Meinung nach der Standpunkt des Herrn von Rheinbaben von der vorigen Woche heute gegenüber Lord George und Briand durch ein positives neues Erfüllungsprogramm erfolgreich zu vertreten. Mehr als ein Anzeichen empfindet jedenfalls den Versuch. Aber auch diesen Versuch kann eben nur ein prinzipiell friedliches und erfüllungsbereites Kabinett machen. Und zur Erfüllungsbereitschaft gehört der Wille zu einer energischen Besteuerung durch Erfassung der Sachwerte, ohne die der Reichshaushalt und damit jeder Erfüllungsplan gar nicht mehr ausgeglichen zu denken ist.

#### Der Rücktritt der Reichsregierung.

Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten Sonnabend abend 7 Uhr die Demission des Kabinetts mit folgenden

geführt, welche getragen war von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln und durch den ernstesten Willen zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit zur Wiederkraftung Europas beizutragen. Es hat die dem deutschen Volke auferlegten überaus schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren Barbetrag von einer Milliarde Goldmark zum 31. August abgetragen. Die alliierten Staaten haben die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, vor allem die Durchführung der Entwaffnung, die unter großen Schwierigkeiten sich vollzog, anerkannt. Es durfte erwartet werden, daß im Hinblick auf Deutschlands Anstrengungen und auf sein ernsthaftes Bestreben, den vertraglichen Verpflichtungen treu zu bleiben, die Besetzung der Ruhrstätten restlos aufgehoben und hinsichtlich Oberschlesiens eine Lösung gefunden würde, welche dem Rechtsempfinden des deutschen Volkes und der Oberschlesier sowie den künftigen friedlichen Beziehungen zwischen den europäischen Nationen entspreche. Statt dessen ist ein Diktat erfolgt, durch welches nicht nur weite Flächen des ober-schlesischen Landes, sondern auch blühende deutsche Städte, der weitaus überwiegende Teil aller Bodenschätze, vier Fünftel der Verarbeitungsstätten der deutschen Heimat entzogen werden sollen. Ein großer Teil der an Polen fallenden Bevölkerung ist deutschen Stammes, deutscher Sprache und soll entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und entgegen dem klaren Ergebnis der Abstimmung unter Fremdherrschaft fallen. Niemals wird das deutsche Volk diesen Verlust, den es wehrlos hinnehmen muß, verschmerzen. Obwohl das Kabinett nach wie vor überzeugt ist, daß nur das aufrichtige Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas wieder ermöglicht, ist es sich doch vollkommen klar darüber, daß die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit durch das schließliche Diktat sich erheblich verringert haben und somit für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist. In Würdigung dieser Tatsachen hat das Kabinett beschloßen, den Auftrag zur Führung der Regierungsgeschäfte in Ihre Hand, Herr Reichspräsident, zurückzugeben. In Ausführung dieses Beschlusses habe ich die Ehre, Herr Reichspräsident, Ihnen die Demission des Kabinetts mitzuteilen.

gez.: Reichskanzler Dr. Wirth.

#### Die Parteien und die Regierungs-Neubildung.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die Versuche zur Lösung der Reichsfrage sind am Sonntag ergebnislos verlaufen. Der Reichspräsident empfing am Montag den Reichstagspräsidenten Lobe, der empfahl, dem Reichskanzler Dr. Wirth mit der Neubildung der Regierung den Auftrag zu beauftragen. Der bisherige Reichskanzler hat den Auftrag an. Nach dem Gang der Einzelverhandlungen, die der Reichspräsident anschließend mit den Führern der Unabhängigen bis zur Deutschen Volkspartei hatte, erscheint es fraglich, ob der bisherige Kanzler eine Regierung zustandebringt.

Die Vertreter der Sozialdemokratie hielten auch dem Reichspräsidenten gegenüber nach wie vor an der Reichskanzlerschaft Dr. Wirths fest und erklärten die Herstellung der alten Koalition für die beste Lösung. Auch die Unabhängigen neigten dazu, zu einer weiteren Unterstützung eines Kabinetts Wirth bereit zu sein.

Die Demokraten beharren dagegen auf einer erweiterten Koalition, für deren Führer sie anscheinend Wirth nicht als den richtigen Mann halten. Was die Demokraten eigentlich wollen, ist aus dem Handeln der Hauptmann und Petersen nicht zu entnehmen, denn diese Kabinettsführer befinden sich heute in der größten Verlegenheit. Es scheint, daß die sogenannte bürgerliche Demokratie eigentlich nur noch vor der Furcht der Deutschen Volkspartei beherrschet wird, wenigstens ihre Taktik ist darauf eingeleitet.

Nach wie vor hält die Volkspartei an ihrem Beschlusse fest, lehnt die Genfer Entscheidung ab, scheint aber plötzlich Reizung zu besitzen, ihre Zustimmung zu der Entscheidung der deutschen Delegierten zu den deutsch-polnischen Verhandlungen zu geben.

Das Zentrum tagte den ganzen Sonntag Nachmittag, um sich über sein weiteres Verhalten schlüssig zu werden. Ueber den Ausgang der Sitzung war nichts bestimmtes zu erfahren. Sicher ist nur, daß der von dem preussischen Ministerpräsidenten Siegelwald gemachte Vorschlag, ein Geschäftsministerium aus beamteten Staatssekretären zu bilden, nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch vom Zentrum abgelehnt wurde. Wir betonen nochmals, daß ein solches bürokratisches Kabinett unsere Opposition finden wird. Allerdings hört man übrigens, daß Bestrebungen zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei im Gange sind, die auf die erweiterte Koalition von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei hinführen, und die die Volksparteier veranlassen sollen, sich mit den Genfer Beschlüssen der Sozialdemokratie einverstanden zu erklären.

Bis Donnerstag muß die Entscheidung fallen, da in diesen Tagen der Reichstag durch die Entsendung eines Kommissars seine Zustimmung zu dem Beginn der wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Polen geben muß. Uebelriert mit der Sozialdemokratie



„Nein“ zu beantworten, und mit uns tun das ohne Frage die politischen Parteien des Reichstages in ihrer großen Mehrheit. Die Politik Wirtsch war richtig, trotz der schlimmen Erfahrungen mit Oberösterreich. Wir haben es immer betont und hervorgehoben, sie war eine Politik auf lange Sicht, deren Ergebnis nicht von heute auf morgen zu erwarten ist. Darum wäre nichts verfehlter, als sie nun nach kaum vierjähriger Wirksamkeit verurteilen zu wollen. Sie muß vielmehr durchgehalten werden, auch wenn Mißerfolge sie begleiten.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fordert, wie die gesamte Reichspress, ein Kabinett der nationalen Verteidigung bezw. des neutralen Westlandes. Die „Deutsche Tageszeitung“ und das „Deutsche Tageblatt“ geben insbesondere nach ihrer Freude über den Rücktritt der Regierung Wirtsch Ausdruck.

### Eine Pariser Pressestimme.

Der Temps schreibt zur Ministerkrise in Deutschland: Ob der Sturz des Reichskanzlers Wirtsch provisorisch oder endgültig sei, sein Verdienst könne man nicht verfehlen. Aufricht, republikanisch und mit Grund davon überzeugt, daß Deutschland seinen Rang in der Welt erst wieder einnehmen könne, wenn es sein Wort halte, habe er den Ultrareaktionären widerstanden. Er habe entworfen und er habe befohlen. Deshalb sei das Ministerium Wirtsch für seine Anhänger ein Symbol gewesen, denn es habe bedeutet: Republik, Friede und tatsächliche Anstrengungen. Wenn Reichskanzler Wirtsch wieder zur Macht gelange, wäre die Lage verändert, da man jetzt den Beweis habe, daß seine Gegner ihn je nach ihrem Willen kürzen können. Niemals vielleicht seit dem Waffenstillstand sei es notwendiger gewesen, Deutschland eine starke und einheitliche Front entgegenzustellen. Das sei ein Grund mehr, alles das zu befeitigen, was die Alliierten und die Franzosen untereinander trennen könne.

## Karl Habsburgs neuestes Abenteuer.

### Abreise aus der Schweiz unter Wortbruch.

Aus Bern wird gemeldet: Der König von Ungarn teilt dem Schweizer Bundesrat schriftlich mit, daß die ungarischen Getreuen ihn, seiner eidlichen Pflicht gemäß, aufgefodert haben, unverzüglich nach Ungarn zu kommen. Dem gegenüber teilt der Bundesrat mit, daß der König sich am 18. Mai verpflichtet habe, sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten und seine beabsichtigte Abreise drei Tage vorher mitzuteilen. Am 5. Oktober habe der König dieses Versprechen erneuert. Der König habe also sein Versprechen gebrochen und das Schweizer Völkerrecht mißbraucht.

### Die Entente gegen Karl.

Aus Budapest wird gemeldet: Die hiesigen Ententevertreter haben Einzelschritte bei der Regierung unternommen, um gegen die Rückkehr des Kaisers Karl zu protestieren. Im Laufe des Tages wird der ungarischen Regierung eine Kollektivnote mit analogem Protest überreicht werden.

### Ankunft im umstrittenen Westungarn!

Aus Odenburg wird gemeldet: König Karl ist am 21. Oktober hier angekommen. Der Standpunkt der ungarischen Regierung gegenüber dem unerwarteten Ereignis ist, daß König Karl im Sinne des Gesetzes, Artikel 1 vom Jahre 1920 gegenwärtig die Ausübung der Herrscherrechte in Ungarn nicht übernehmen kann und das Gebiet des Landes abtrüben verlassen muß. Die Regierung hat die nötigen Verfügungen getroffen.

### Die monarchistische ungarische Regierung gegen Karl.

Das amtliche ungarische Korrespondenz-Bureau meldet: Ein Mitglied der ungarischen Regierung erklärte zu der Ankunft des Königs Karl: Sein unbedachter Schritt hat das Land in eine schwere Lage versetzt. Die ungarische Regierung habe jetzt zum ersten Male konkrete außenpolitische Erfolge erzielt. Auch in innerpolitischer Beziehung habe das Land sich konsolidiert. Nicht nur die Anhänger der freien Königswahl, sondern auch die Legitimisten seien über diese leitend sinnigen, übereilten Schritt entsetzt. Die Regierung hat unverzüglich Verfügungen zur Wahrung des inneren Friedens und der außenpolitischen Sicherheit des Landes getroffen.

### Die bürgerliche Regierung Deutsch-Österreichs gegen Karl.

Aus Wien wird gemeldet: Laut der Staatskorrespondenz berichtet Bundeskanzler Schober in dem gestern abend abgehaltenen Ministerrat über die im Zusammenhang mit der Ankunft des vormaligen Kaisers Karl in Ungarn getroffenen Maßnahmen. Danach wird die Regierung jedem Versuch, die öffentliche Ruhe und Ordnung in Österreich zu stören, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten.

### Die Budapest Regierung verhandelt!

Aus Budapest wird weiter gemeldet: Heute früh erschien General Hegedüs im Auftrag des Königs beim Grafen Bethlen. Hegedüs führte Besprechungen mit der ungarischen Regierung im Beisein des englischen Geschäftsträgers Holt. Hegedüs ist bereits wieder nach Budapest zurückgekehrt. Der gestern Nacht von der ungarischen Regierung nach Raab entsandte Kultusminister Bag, der in Begleitung verächtlicher Herren dem König die von der Entente der ungarischen Regierung übermittelte Note zur Kenntnis bringen wollte, wurde vom König nicht empfangen. Die Mitteilung wurde von Radowsky entgegengenommen. Die Erklärung soll jedoch auf den König und seine Begleiter keinen Eindruck gemacht haben.

### Vor Budapest!

Die Beförderung der Truppen des Königs wurde, nachdem die Geleise wieder in Ordnung gebracht worden waren, in sieben Zügen durchgeführt. Sie gingen in der Richtung auf Budapest. Die Spitzen der Truppen stehen bei Budapest. Die im Gange befindliche Schlauch zwischen den Truppen des Königs und denen der Regierung dauert an. Die Haltung der Truppen ist einwandfrei. In Regierungskreisen hofft man, bis zum Eintreffen von Beschränkungen aus der Provinz, die für den Nachmittag erwartet werden, die Situation halten zu können.

### Ein ernsthaftes Ministerium!

Der frühere König Karl hat folgendes Ministerium ernannt: Radowsky, Präsident und Justiz; Andrássy, Außerer; Beneš, Innerer; General Schmeidler, Krieg; Dr. Graf, Finanzen; General Hegedüs wird zum Oberkommandanten ernannt.

### Beschlüsse der südlawischen Regierung.

Aus Belgrad wird gemeldet: Die Nachricht über die Rückkehr des Königs Karl nach Ungarn erhielt die Regierung heute nachmittags, worauf sofort ein Ministerrat stattfand. Obwohl die Nachricht nicht ganz unumstritten war, rief sie doch in politischen und parlamentarischen Kreisen große Aufregung hervor.

Nach beendeter Ministerrat wurde folgendes Communiqué veröffentlicht: Nach erhaltenen Nachrichten über die Rückkehr des Königs Karl nach Ungarn trat nachmittags ein Ministerrat zusammen. Nach längerer Beratung wurde beschlossen, eiligst zur Verteidigung des Staats und der nationalen Interessen die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Wie bekannt, wird der Ministerrat im Laufe der Nacht im neuen Gebäude abgehalten.

Stimmtes mit Jugoslawien unterzeichnet. Der Text dieses Vertrages wird alsbald in einer Ententehauptstadt zur Veröffentlichung gelangen.

Die karlistische Wiener „Reichspost“ lautet in ihrer Abendausgabe: „Wenn die Vermutung zutrifft, daß diesmal die Reise des Königs mit Wissen und Zustimmung der regierenden Faktoren erfolgte, dann darf man beruhigt weiter folgern, daß Ungarn sich durch die Zustimmung Italiens gebet wehrt. Die Erklärung für eine solche Haltung Italiens gibt die Erwägung, daß man in Rom Gründe hat, die aktionslustige kleine Entente ungern mehr zu scheuen, als die Rückkehr der sonst so gefürchteten Habsburger in das verümmelte Unarn, das zu eigenen Unternehmungen zu schwach, als Gegner der kleinen Entente aber immerhin eine nicht zu verachtende Figur auf dem Schachbrett der italienischen Politik darstellt.“

### Die Wirkung in Prag.

Aus Prag schreibt die „Prf. Zg.“: Die Nachricht von dem Eintreffen Kaiser Karls auf ungarischem Boden hat in Prag wie eine Bombe gewirkt. Nach dem Dr. Beneš wiederholt erklärt hat, daß die Restauration der Habsburger in Budapest für die kleine Entente den casus belli bedeute, kann die weitere Entwicklung der Dinge in Ungarn zu den schmerzlichen Konsequenzen führen. Ministerpräsident Dr. Beneš weilt heute in Begleitung des Präsidenten der Republik in Gitschin, wo der Präsident die Garnison inspizierte, als ihm die Nachricht aus Ungarn übermittelte wurde. Er fuhr sofort nach Prag. Um 1/2 Uhr fand ein Ministerrat statt, in dem beschlossen wurde, die Auswärtigen Ausschüsse des Abgeordnetenhauses und des Senats auf Montag nachmittags einzuberufen. In dieser Sitzung wird er bezüglich der Entente über die Lage halten. Auch die Führer der Regierungsparteien trafen heute sofort zusammen. Ferner wurden zwischen den Führern der tschechischen und deutschen Sozialisten Beratungen gepflogen, in denen festgestellt wurde, daß alle Mittel angewendet werden müssen, um der Gefahr zu begegnen, welche der Tschechoslowakei aus Ungarn droht. Morgen, Sonntag, wird auf dem Altstädter Ring in Prag eine von den tschechischen Sozialisten einberufene große Versammlung stattfinden, in welcher Protest gegen den Versuch des Kaisers Karl erhoben werden soll, sich in Ungarn wieder an das Ruder zu setzen.

Tschechische Abendblätter sprechen in verächtlicher Weise über Kaiser Karl. Das rechtssozialistische „Pravo Lidu“ erklärt, die Tschechoslowakei habe Kaiser Karl im Herbst aus Ungarn herausgejagt und sie werde ihn auch diesmal herausjagen. Wenn er nicht gutwillig gehe, werde man ihm mit Pulver und Blei nachhelfen. An anderer Stelle heißt es, daß es das beste wäre, wenn man Karl Habsburg am nächsten besten Baum aufknüpfte. Was eigentlich geschehen soll und geschehen wird, ist nicht bekannt. Der allgemeine Gesamteindruck ist, daß die Situation noch ruhig beurteilt werden soll.

## Der Parteitag von Mailand.

(Schluß.)

Die Maximalisten haben das Bewußtsein, daß sie mit jedem Tage Boden verlieren und wukten gleichzeitig, daß sie diesmal der Mehrheit noch sicher waren. So wollten sie sich aus dieser Mehrheit ein Machtmittel machen gegen den Reformismus. Sie rechnen damit, daß das Androhen des Ausschlusses der Reformisten in ihrer Agitation innerhalb der Partei, in ihrem Ringen um die Parteimehrheit, lächeln werde. Und deshalb haben sie das nicht eben nachahmenswerte Kunststück ausgeführt, von Delegierten, die in der Frage der Parteinheit ein gebundenes Mandat hatten, eine Motion annehmen zu lassen, die im Grunde die Parteisplaltung sanktioniert. Der Zweck des Wortlauts ist der, die Reformisten zu schrecken, während die Maximalisten wissen, daß es „nicht so böse gemeint ist“.

Aber die Drohung der morgigen Niederlage tritt den Maximalisten nicht nur in den Zahlen entgegen. Sie sind sich darüber klar, daß sie selbst ausgeschlossen haben, in dem Sinne des ersten Revolutionsstatutes, Maximalisten zu sein. Hier liegt die ernsteste Bedrohung für den italienischen Maximalismus. Hat er doch auf dem Parteitage aufgehört, irgend eine der tatsächlichen Konzeptionen, der tatsächlichen Fälle von Mitarbeit, zu tadeln und zu verwerfen. Seine Redner, Barbo und Sera ti, haben ausdrücklich gut geheißt, daß der Parteivorstand während der Krise die Parlamentsfraktion ermächtigt hatte, Einfluß auf die Lösung zu gewinnen, daß er in der Folge die Enthaltung von einer Abstimmung autorisiert hat, um den Fall des Kabinetts Bonomi zu verhindern, und daß er schließlich den Friedensvertrag mit den Faschisten geschlossen. Die maximalistischen Redner haben anerkannt, daß es sich dabei um Zugeständnisse zum Vorteil des Proletariats gehandelt hat. Sie tadeln die Tatsache gar nicht, ihr Tadel beschränkt sich darauf, die zu treffen, die die Möglichkeit derartiger Zugeständnisse in den Normen für die Parteitaktik in Rechnung ziehen wollen.

Die Maximalisten haben es deutlich in ihren Reden ausgesprochen: es gibt öfnehin so viele Zwangslagen, in denen die Partei mit der Bourgeoisie partizipieren muß, Lagen, denen wir uns nicht entziehen können. Warum sollen wir dieser beschämenden Tatsache in unjeren Motionen Rechnung tragen, wo es gerade Not tut, prinzipiell im entgegengesetzten Sinne zu drängen, um das, was einmal unvermeidbar ist, wenigstens nicht anzuerkennen, damit es uns nicht zu etwas Normalen, Gewohnheitsmäßigen, werde.

Sie behandeln die Partei, wie mancher Erzieher sein Kind: Es gibt Lagen, in denen man lügen muß, aber das Lügen ist immer eine sehr häßliche Sache. Dieser pädagogische Standpunkt ist aber in der Politik sehr ansehnlich, weil er dahin führt, daß die berühmten Zwangslagen das Proletariat ganz unvorbereitet finden. Die Reformisten wollen im voraus erwägen, in welcher Weise man den größten Vorteil für das Proletariat aus solchen Situationen ziehen kann. Die Maximalisten verbieten aber, von dieser Möglichkeit zu reden, weil sie fürchtet, dadurch den „revolutionären Geist“ zu lächeln. Hier liegt der Unterschied zwischen den beiden Richtungen, und er ist so dünn, daß man aus ihm keinen Strick drehen kann, um Turati und die Seinen aufzuknüpfen. In dieser Hinsicht hat der Parteitag wirklich eine gewisse Dosis von Klarheit gebracht, als er gezeigt hat, daß sich der Maximalismus nicht gegen die „Kollaboration“ als Maximalist, sondern gegen die „Kollaboration“ als Reformist richtet.

handeln, die sich demgegenüber stellen der ihnen aufgezwungenen Situation in sozialistischem Sinne und Geiste gerecht zu werden versuchen.

Die Verhältnisse in Italien werden wahrscheinlich das Proletariat in den nächsten Monaten sehr ernsten Situationen gegenüberstellen. Und an der sich ergebenden Lösung wird man auf dem nächsten Parteitage messen können, ob es richtig und zweckmäßig war, mit dem Scheitern des Verbotens das zu verhüllen, was sicher im Interesse des Proletariats besser gehandhabt werden könnte, wenn man den Mut gehabt hätte, es vorher genau zu betrachten und zu prüfen. Die Politik der unvorhergesehenen Zwangslagen, die jede Verantwortung ausschließen, mag maximalistisch und mag bequem sein, aber mit Voraussicht und dadurch vermindertem Zwange dürfte dem Proletariat besser gedient sein. D. L.

## Aus dem Reiche.

### Graf Prashma legt sein Amt nieder.

Doppelner Zeitungsmeldungen zufolge hat der deutsche Bevollmächtigte des Abstimmungsbezirktes Oberschlesien, Graf Prashma, unmittelbar nach der Veröffentlichung der Entscheidung des Völkerbundesrates endlich sein Amt niedergelegt.

Graf Prashma, als Zentrumspolitiker seit der Anwendung des Zentrumsabgeleht, ist auch öffentlich, sogar von seinem oberösterreichischen Parteiblatt, öfters vorgehalten worden, daß er sich als deutscher Bevollmächtigter nie rechtzeitig über die oberösterreichischen Vorgänge zu informieren mußte. In kleinen Arrangements hinter den Kulissen, nicht der allierten oder politischen, sondern der bürgerlichen Politik (so der unglücklichen Anaberg-Frage im Kataustand und jetzt der Frage des Rücktritts der Reichsregierung) waren er und sein sonst entschuldigter junger Mann, ein Herr von Malitz, dagegen stets groß.

### Einströmung des Seeverkehrs nach Ostpreußen.

Infolge der Verbesserungen im Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland wird die Einströmung des sogenannten zweiten Proletariats mit der Abreise der in Anspruchnahme des Seeverkehrs zwischen Pillau und Swinemünde und umgekehrt in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen. Die maßgebenden Berliner Stellen sind daher mit der „D. Z.“ erziehen, zu der Verbesserung gekommen, daß es sich bei der bisher geringen Benutzung des Seeweges von kaum 20 Personen täglich durchschnittlich — teilweise sind es an einzelnen Tagen erheblich weniger — nicht mehr verantworten läßt, die sehr erheblichen Zuschüsse (über eine Million monatlich) weiter zur Aufrechterhaltung einer täglichen Schiffsverbindung aufzuwenden. Es haben eingehende Verhandlungen unter Beteiligung des ostpreussischen Reichsratsmitgliedes und der ostpreussischen Vertretung in Berlin stattgefunden, in deren Verlauf damit zu rechnen ist, daß die tägliche Schiffsverbindung zwischen Swinemünde und Pillau vom 1. November dieses Jahres ab, auf eine wöchentlich zweimalige Fahrt eingeschränkt werden wird. Dabei ist zu beachten, daß in der Richtung Pillau-Swinemünde notfalls noch für eine weitere zweimalige Schiffsverbindung über Danzig Sorge getragen ist, wobei allerdings in Danzig Übernachtet werden muß.

Um jederzeit in Fällen, wie dem letzten Eisenbahnstreik in Bommersellen oder bei sonstigem Bedarf sofort zum täglichen Verkehr übergeben zu können, sollen in den beiden Hafenorten ständig Dampfer jahrbereit gehalten werden.

### Genosse Dr. David Gesandter in Darmstadt.

Wie die „D. Z.“ hören, ist Dr. David, der frühere sozialdemokratische Reichsinnenminister am Sonnabend zum Vertreter des Reiches in Darmstadt ernannt worden. Er übernimmt damit den Gesandtenposten, den bis vor kurzem der jetzige bayerische Ministerpräsident Graf Verheffen innegehabt hat.

## Aus der Provinz Schlesien.

### An die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Oberschlesien.

#### Kollegen und Volksgenossen!

Der Würfel über das Schicksal Oberschlesiens und damit über Euer eigenes Schicksal sind gefallen! Trotz deutscher Mehrheit bei der Abstimmung, im Widerspruch mit allen Gesetzen von Recht und Gerechtigkeit, hat der Völkerbundsrat entschieden, daß die Zehntausende von Euch nach Polen einverleibt werden sollen. Ihr Euren Willen, bei Deutschland verbleiben zu wollen, in zweideutiger Weise ausgedrückt habt.

Der Widerwille und die Empörung über ein so schweres Unrecht, die sich bei Euch darüber geltend machen, sind verständlich. Und es gibt auch keine Rechtfertigung für ein derartiges, allen bisherigen Anschauungen von Unparteilichkeit und Demokratie widersprechendes Verfahren. Ihr erinnert Euch doch, der Drangsalierungen, die Ihr bei Eurer Abstimmung erdulden müßtet; — in früherer Erinnerung sind euch die schweren Leiden nach der Abstimmung, die schweren Bedrohungen und Gefahren, denen diejenigen ausgesetzt waren, deren deutsche Gesinnung den Gegnern bekannt geworden ist. Viele von Euch beschließen, daß juch diese Dinge jetzt, nachdem ein Teil von Oberschlesien politisch verloren ist, wiederholen könnten und rüsten deshalb, die Scholle zu verlassen, die ihnen bisher Wohnung und Heimat gewesen ist.

Arbeiter, Volksgenossen! So sehr wir Eure Gefühle verstehen, so sehr müssen wir Euch abraten, bloßen Gefühlsaufwallungen zu folgen. Nur wo der Druck tatsächlich von neuem unentrichtlich wird, solltet ihr ihm weichen. Sonst aber, wo man Euch nicht geradezu zum Fortgehen zwingt, solltet Ihr unbedingt an der bisherigen Stelle verbleiben. Zunächst besteht bei der herrschenden Wohnungsnot und der noch immer großen Arbeitslosigkeit im übrigen Deutschland keine Möglichkeit, Lande und Zehntausende unterbringen zu können. Wer flüchtet, muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, monatelang, vielleicht ein Jahr und noch länger, in Flüchtlingslagern mehr schlecht als recht untergebracht zu werden.

Vor allem aber glauben wir annehmen zu dürfen, daß die Entente, nachdem einmal ihr Spruch so gefallen ist, sich auch verpflichtet fühlen wird, Euch vor dem schlimmsten zu schützen. Die Entscheidung des Völkerbundesrates läßt deutlich erkennen, daß auch er davon überzeugt ist, daß die an Polen einverleibten Gebiete ohne deutsche Arbeit und Geschäftskraft wirtschaftlich nicht weiter bestehen können. Die zur Verwaltung des Industriegebietes einzuwendende Wirtschaftskommission, welche zur Hälfte aus Deutschen besteht, hat ein Interesse daran, Euch zu schützen.

Ihr könnt auch die ganz bestimmte Zusicherung hegen, daß bei den Beratungen über das Wirtschaftsabkommen die deutschen Gewerkschaften darauf bedacht sein werden, Eure Interessen und Rechte energig zu schützen und zu sichern. Deshalb fordern wir Euch nochmals auf: Wenn man Euch nicht geradezu gezwungen werden kann, dann bleibt an Euren bisherigen Wohn- und Arbeitsstätten.

# Deutscher Eisenbahner-Verband.

Dienstag, den 25. Oktober, abends 7 Uhr,

findet im Gewerkschaftshause, großer Saal, eine

# Öffentliche Eisenbahner-Versammlung

statt.

Tagesordnung: 1. Der Deutsche Eisenbahner-Verband als Interessenvertretung für Lohn- und Gehaltsempfänger der Reichseisenbahnen. 2. Freie Aussprache.

Referent: Bezirksleiter Kollege **Lorenz, Königsberg.**

Alle Eisenbahner sind herzlich eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

## Familiennachrichten

### Danksagung!

Für die vielen Beweise anlässlich unserer Verabschiedung sagen allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Chef der Firma Höniger, Herrn Eggers, dem Personal der Druckerei Höniger und dem Personal der „Volkswacht“, sowie den Mitgliedern des Hauses Grabschauer Str. 99 unsern herzlichsten Dank Adolf Herrmann nebst Frau Frieda, geb. Pfl.

Am 20. Oktober 1921 verstarb der [7711]

Zeug-Major a. D.

## Herr Albin Moser zu Trebnitz.

Während der langen Dauer von etwa 15 Jahren hat der Verstorbene seine Arbeitskraft und sein großes Wissen und Können im Obsten in selbstloser, aufopfernder Weise in den Dienst des Kreises Trebnitz gestellt.

Er hat sich durch die sorgfältige und gewissenhafte Pflege der Straßen-Obstbäume ein hohes Ansehen erworben. Wir werden des Friedens des Obstandes der sich auch durch seine hervorragenden Charakter-Eigenschaften die Freundschaft und Hochachtung aller mit denen er in Berührung kam, erworben hat, stets in Dankbarkeit und Verehrung gedenken.

Trebnitz, den 21. Oktober 1921.

Namens des Kreis-Ausschusses und der Beamten der Kreis-Verwaltung  
Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses  
**Dr. Steinfeld, Regierungsrat.**

Am 20. Oktober verstarb im Alter von 47 Jahren unser Mitglied, der Arbeiter

## Karl Meißner

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren die Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Montag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbchen. 7725

Am 20. Oktober verstarb nach langen, schweren Leiden unser Kollege, der Magazins-Arbeiter

## Adolf Pfumpfel

im Alter von 28 Jahren. 7708

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren die Mitglieder der Firma Treibenberg.

Beerdigung: Montag, nachm. 2 Uhr, in Gräbchen.

Am 20. Oktober 1921, früh 1/5 Uhr, verstarb unser Freund und Verkehrs-Kollege, der Schlosser

## Oswald Huld

im Alter von 68 Jahren. 7724

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 25. Oktober, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbchener Friedhofes.

Am 21. Oktober entschlief nach langem, schweren Leiden unsere hochachtungswürdige Mutter, Schwiegermutter, Schwägerin, Schwägerin und Tante

## Mrs. Marie Harzbecker, geb. Hül

im Alter von 46 Jahren. 7724

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Dienstag, nachm. 2 Uhr, von der Kapelle in Canal aus nach dem Friedhofe der Protestanten.

## Christbaumverkaufsstände

werden Sonntag, den 9. und 11. Okt. im Büro der Stadt-Verwaltung, Montag, den 10. und 12. Okt. im Büro der Stadt-Verwaltung, Dienstag, den 11. und 13. Okt. im Büro der Stadt-Verwaltung.

### Statt besonderer Mitteilung.

An den Folgen eines Unfalls verschied heute unerwartet mein innig geliebter, treusorgender Vater, der beste Vater meiner Kinder, unser guter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Nichte und Vetter, das langjährige Mitglied der Vereinigten Theater

## Max Scholz

Oberleutnant d. L.  
Inhaber des Eisernen Kreuzes I. und II. Klasse  
im Alter von 55 Jahren. 7706  
Breslau, den 19. Oktober 1921.

In besten Schwestern:  
**Elisabet Scholz, geb. Komor.**  
Gertrud, Johannes und Eva Scholz.  
verw. Frau Sophie Scholz. Gertrud und Emmy Scholz.  
Beerdigung: Montag, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Salzwasser-Friedhofes, Ende Lobestraße, aus.

### Bekanntmachung

Der Hülfen im das Gebirge...  
Die Hülfen...  
Hundeheuer.

### Verband Breslauer Mieter.

Dienstag, den 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Leinwand“...  
Öffentl. Mieter-Versammlung.

### Konzerthaus

Montag, den 25. Oktober, 7 Uhr:  
Narcussen, die willkürliche Geschlechtsbestimmung „Knabe oder Mädchen“  
nach den neuesten Entdeckungen des Prof. Schick-War und des Autors.  
Wie entstehen Zwillinge und Drillinge?  
Die Verhütung der Frau etc.

### Stütz u. real Bettfedern

haben Sie

### Stinnes

Von Kurt Heising

### Der Weg zum eigenen Heim

### Schmerzloses Zahnziehen!

R. Barthel, Poststr. 1  
Ecke Fabianstraße 7206

### 10000 Mk. Belohnung.

Am Samstag, den 4. Oktober 1921, abends gegen 9 Uhr hat ein aus dem 1000er Automobils...  
5000 Mk.  
5000 Mk.  
10000 Mk.

### Hochmoderne Schläpfer.

395.-  
Hochmoderne Sport-Überster 450.-  
Anzüge, in Qual. und Verarb. 285.-, 390.-, 450.-  
Hosen, in Qual. und Verarb. 90.-, 120.-, 150.-  
Andreas Koch  
Klein-Lager! Frobergstr. 3 ff.

### Odeon-Musik-Haus

Schöne Herrenkleidung  
Militär-Mäntel

### Telefon-Gespräch-Zähler

D. R. G. M.  
Heinemann & Co., Breslau 5  
Opitzstraße 74.  
Herbst in allen Mäßen gesucht!

### Der Weg zum eigenen Heim

### Frauen-Artikel

Spülsprizen  
Irrigatoren  
Leib- und Monatsbinden  
Gummwaren  
für Damen und Herren.  
Katalog kostenlos gegen 50 Pfg. Marke.  
Fr. Barthel  
Breslau 7, V. Sadowastr. 67

### VORWARTS ALMANACH

1922  
In diesem Almanach...  
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes entgegengenommen.

### Zu kaufen gel.

Piano  
E. Jäkel, Burgstraße 7, III. J. Lenga, Dillstraße 11, II.

### Arbeitsmarkt

Ein tüchtiger  
Konfektions-Schneider  
zur Leitung einer Werkstattgruppe, findet sofort dauernde Beschäftigung bei  
Emil Meyer, Herrenkleider-Fabrik, Schneiderei Straße 5, I. Etg.

### Schneider für Livréen gesucht.

Persönliche Vorstellung nur vormittags von 8-10 Uhr, in der Zuschneiderei, Zwischenstock. 7715

### Sofort Bauer-Stellung

### Spiralbohrer

W. S. und S. S. bis 30 mm, konisch und cyl. bis 10 mm, kauft jedes Quantum und arbittelt Preisangebot 17727  
August Ströfer  
Holligenhaus (Niederrhein).  
Eine Schutzmaschinene  
„Singer“, fast neu, zu verkaufen. Offerte u. 200 postl. Gmähm. Nr. Breslau. 7708

### Warum

lassen Sie Ihre entbehrlichen Kleidungsstücke den Motten zum Opfer fallen? Schneiden Sie sich dieses Insekt aus!  
Ich taufe laufend neue und getragene Jackettanzüge, Brautanzüge, einzelne Jacketts, Hosen, Westen, Sommerüberzieher, Militärsachen, Schuhe, Stiefel.  
Hadamek, Brandenburger Str. 9.

### Zum Verkauf

6 gute, neue Anzüge und 3 Ulster  
mittlere Figur, preisbillig zu verkaufen. - Beerdigung Dienstag, nachm. 5-7.

### Rudolf Petersdorff

Breslau, Ohlauer-Straße 8

### Zeitungsträgerinnen

für Strehleuer Tor und Gräbchener Tor sofort gesucht. Meldungen in der Expedition der „Volkswacht“ Furststr. 4/6.

### Maurer

werden noch eingestellt.  
Baugesellschaft K. Ditzka, Sauerstraße 5.  
Koffermacher  
Hugo Krieger, Sauerstr.

### Lehrlinge

in unserer Abt. für...  
Hugo Krieger, Sauerstr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. Oktober.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute abend 8 Uhr wichtige Sitzung aller Parteifunktionäre

In den in der Sonntags-Nummer bekannt gegebenen Abteilungslokalen.

Donnerstag, den 27. Oktober, wichtige Abteilungs-Versammlungen.

Tagesordnung: 1. Vortrag über „Die politische Lage und die Sozialdemokratie.“ 2. Der Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten.

Sozialdemokratische Beamte.

Mittwoch, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6

wichtige Versammlung aller Beamten-Vertrauensleute, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind.

Stadtverordneten-Vorlagen.

Von den neuen auf die Tagesordnung der kommenden Donnerstagtagung gestellten Vorlagen seien u. a. erwähnt:

Die im November v. J. gebildete Deputation zur Untersuchung etwa in den städtischen Betrieben vorhandener Mängel legt ihren Bericht vor und soll aufgeführt werden.

Der Magistrat beabsichtigt, die Bezüge der städtischen Rentempfänger durch eine Teuerungszulage vom 1. Oktober 1921 an zu erhöhen.

Im Schweißbühnen Keller soll das Bier mit etwa 12 Prozent Stammwürzegehalt zum Preise von 2 Mark ausschließlich Trümpfgebühren für 2 Liter ausgetauscht werden, falls jedoch die Kreisämter zu einem niedrigeren Preise kommen sollten, zu diesem niedrigeren Preise.

Dem Schlesischen Verein zur Heilung armer Augenkranker in Breslau soll ein Verpflegungsfestbetrag von 5179 Mark gewährt werden.

Der Magistrat ersucht um Zustimmung, daß die Vergütung der Stellvertretenden Vorsitzenden des Spruchausschusses des städtischen Einigungsamtes von 30 Mark auf 60 Mark für jede Sitzung, rückwirkend vom 1. April 1921 ab erhöht wird. Die Mehrkosten belaufen sich auf 63 000 Mark.

Das Ortsstatut gegen die Verunstaltung der Straßen und Plätze der Stadt Breslau soll sobald als möglich veröffentlicht werden. Der Verammlung werden zwei ergänzende Paragraphen zur Beschlußfassung vorgelegt.

Der Ausschuß II empfiehlt, die Mieten für einige Ringstraßen, die zum Verkauf von Fleisch und Wurstwaren freigegeben werden sollen, entgegen dem Magistratsvorschlag von 10 000 auf 20 000 Mark, bzw. von 8000 auf 12 000 Mark und von 10 000 auf 15 000 Mark zu erhöhen.

Zur Durchführung der Zwangseinquartierung bis zum 30. März 1922 ist ein weiterer Kredit in Höhe von 120 000 Mark bereitzustellen.

Die Ausschüsse II und V empfehlen die Annahme des Magistratsantrags, für die Beschaffung der inneren Einrichtung der Gerhart-Hauptmann-Schule (Oberrealschule 2) auf der Wozstraße 500 000 Mark zu bewilligen.

Wohnzettel der Arbeiterjugendheime.

vom 23. bis 30. Oktober.

Heim 1: An der Matthiaskunst 2, Stadt, Jugendheim. Mittwoch, den 26. Oktober: Lesabend. Freitag: Mitgliederversammlung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. — Sonntag: Teilnahme an der Jugendheimveranstaltung, nachher Gesellschaft.

Heim 2: Geschloffen.

Heim 3: Geschloffen.

Heim 4: Nordstraße, Nordstraße. Mittwoch, den 26. Oktober: Spielabend. Freitag: Sprechabend über „Schäden von Alkohol und Nikotin.“ Sonntag: Literarischer Abend.

Heim 5: Andersenstraße, Schulhaus. Dienstag, den 25. Oktober: Spielabend. Freitag: Vortrag. Sonntag: Gesellschaft.

Heim 6: Geschloffen.

Heim 7: Steinstraße. Mittwoch: Lieberabend. Sonntag, den 30. Oktober: Mitgliederversammlung pünktlich 6 Uhr. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch, um 4 Uhr in der Turnhalle: Ausschüßtagung.

Heim 8: Andersenstraße, Schulhaus. Mittwoch, den 26. Oktober: Mitgliederversammlung. Freitag: Vortrag. Sonntag: Bunter Abend.

Heim 9: Nichts gemeldet.

Heim 10: Fürstenstraße. Mittwoch, den 26. Oktober: Volkstanz- und Gesangsabend. Freitag: Vortrag. Sonntag: Sanktjagd, Richtung Piricham. Näheres im Heim.

Allgemeines: Freitag, den 28. Oktober, abends 1/2 8 Uhr findet bei Bräuer, Köpelmühlstraße, für die in der Nähe liegenden Heime der Trümpfverwirrer über „Diebstahl und das Teutoburger- und Weiserbergland“ statt. Alle Eltern und Freunde unserer Jugend sind herzlich eingeladen.

Alle Mitglieder des Jugendchors treffen sich Dienstag in der Matthiaskunst. Wichtige Besprechung über unsere Weihnachtsfeier. Die Musikabteilung probt Freitag in der Matthiaskunst. Die Bibliothek im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses ist Montag und Donnerstag von 7—8 Uhr geöffnet.

Sprechstunden in allen Jugendangelegenheiten Dienstag und Donnerstag von 5—7 Uhr im Zimmer 38 des Gewerkschaftshauses. Meldungen für den nächsten Wohnzettel müssen Dienstag abgegeben werden, sonst finden sie keine Berücksichtigung.

u. Freitagshörsingen.

Zum Artikel der „Schimpfende und bekraste Professor“ in Nr. 246 der „Volksmacht“ wird uns noch mitgeteilt:

u. Freitagshörsingen, bekannt in Schleien durch seine unglücklichen, hämischen Angriffe gegenüber der Arbeiterschaft und den Einrichtungen der Republik, stammt aus einer Familie, die seit ungefähr drei Jahrhunderten auf der Insel Oesel ansässig ist; geboren 1875 in Arensburg in Rußland. Er studierte in Dorpat Jura und ging dann als Redakteur an in deutscher Sprache erscheinende Blätter in Riga und Petersburg. Hier vertrat er den zaristischen Standpunkt gegenüber der russischen Revolution. Durch das alte Militär-Regime wurde er zu Oberstleutnant ernannt und wurde schließlich Beirat für baltische Angelegenheiten bei Oberst. Dieser russische Unteroffizier und Staatsbeamte wurde aber in Handlungsbereich der russischen Staats-

Lehrlich, wie als Literat, vertritt er auch in Versammlungen seine Ansicht und hat es nur dem Eingreifen einzelner Arbeiterführer zu verdanken, daß sein freier Körper mit dem obliegenden M... nicht schon in unliebsame Berührung mit Arbeiterführern gekommen ist.

Vom Arbeiterbildungsausschuss.

Englisch-Unterricht für Fortgeschrittene.

Ueber den Englisch-Unterricht, der unter Zugrundelegung einer leichten englischen Lektüre für Fortgeschrittene geplant ist, findet eine gemeinsame Besprechung aller Interessenten heute abend 8 Uhr in der katholischen Realschule, Nikolai-Stadtgraben 20, statt.

Unterricht in Russisch.

Die gemeinsame Besprechung über die neuen russischen Kurse ist morgen, Dienstag, abends 7 Uhr, in der katholischen Realschule.

Drei Wiederholungen der „Gesetz-Aufführungen.“

Für die auf alleseitigen Wunsch angelegten drei Wiederholungen der „Gesetz-Aufführungen“ am 8., 10. und 11. November sind die Eintrittsprogramme — alle nummeriert, auch die Galerie — zum Preise von drei Mark einschließlich Steuer schon jetzt an den Vorverkaufsstellen zu haben.

Die nächste Sitzung des Bildungsausschusses der Breslauer Arbeiterschaft findet erst am Sonnabend, den 12. November, abends 7 Uhr, im Zimmer 32 des Gewerkschaftshauses statt.

Die städtische Erwerbslosenfürsorge im September.

A. Unterstützende Erwerbslosenfürsorge.

Auch im Monat September 1921 konnte bei den Männern, sowie bei den Frauen wieder ein tiefer Rückgang in der Zahl der Anträge als auch an Unterstützungsempfängern festgestellt werden. Es meldeten sich im ganzen: 2746 Männer, 604 Frauen, zusammen 3350 Personen. Durch Abrechnungen, Entschuldigungen und Annahme von Arbeit schieden aus der Erwerbslosenfürsorge aus: 2781 Männer, darunter 59 Jugendliche, 728 Frauen, darunter 29 Jugendliche, zusammen 3509 Personen.

Es blieben am 30. September 1921 ein Bestand an Unterstützten: 3218 Männer, 1017 Frauen, zusammen 4235 Personen. Die Zahl der im ganzen im Arbeitsnachweis Meldenden, also auch der Nichtunterstützten, betrug im Laufe September 1921

12 772 Männer, 6519 Frauen.

An Unterstützungen wurden im September 1921 für 86 708 Unterstützungsstage 1 291 862,90 Mark gezahlt. Ueberhaupt sind bisher gezahlt worden 37 585 249,59 Mark. Dazu kommen an Krankenkassenbeiträgen über 1 690 400 Mark. Ueberdies wurden als Zuschussunterstützungen für Kurzarbeiter im Monat September 1921 an 299 Personen 12 134,14 Mark ausgezahlt.

Aus der Befreiungsstelle der Erwerbslosenfürsorge sind im Monat September 1921 an 1 066 Personen Befreiungsstunde verabsolgt worden, bisher überhaupt an 4 307 Personen.

Am 30. September 1921 befanden sich unter den Unterstützungsempfängern 56 Flüchtlinge, sowie 103 Kriegsverletzte. Unter den Kriegsverletzten befanden sich 54 Schwerbeschädigte.

Reisegeldnehmer für freie Fahrt nach dem Arbeits- oder Heimatort sind im September 117, bisher 3133 ausgeholfen worden. Die Kontrollmaßnahmen und Ermittlungen bei den Erwerbslosen an Ort und Stelle wurden fortgesetzt. Sie erfolgten im September 1921 in 4638 Fällen, wovon auf die Ermittlungen 1419 und auf die Kontrollen 3219 entfielen.

Seit Bestehen der Erwerbslosenfürsorge wurden wegen Irkundenführung und Betruges 344 Strafanzeigen erstattet. Es wurden 100 Männer und 26 Frauen, zusammen 126 Personen verurteilt. Die erkannte Höchststrafe betrug 6 Monate Gefängnis.

B. Produktive Erwerbslosenfürsorge.

In dem vorliegenden Monatsbericht wird zum ersten Male über Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge berichtet.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge gründet sich auf den § 15 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 15. Januar 1920 (R. G. Bl. S. 54 in der Fassung vom 26. Januar 1920 — R. G. Bl. S. 98 ff.) — und die Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers.

Auf Grund dieser Bestimmungen haben Magistrat und Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1920 verschiedene Kant- und arbeitslose auszuführen beschlossen. Auch drei Siedlungsgesellschaften führten auf ihrem Siedlungsgebiete Straßen- und Wegebauten als Hilfsarbeiten aus.

Für auswärtige Unternehmungen übernahm die Stadtgemeinde bei der Beschäftigung erwerbsloser, in Breslau unterstützungsbedürftiger und vom städtischen Arbeitsnachweis zugewiesener Personen, den auf sie entfallenden, reichsgerichtlichen Zuschussanteil.

So waren letzter bis zum Schlusse des Berichtsmontats Maßnahmen angemeldet mit einem Gesamtaufwande von 42 000 000 Mark, für welche bis jetzt eine Förderung von 3 525 000 Mark als Verlußtzuschuß zuerkannt war, die sich auf das Reich, das Land und die Gemeinde im Verhältnis von 3:2:1 verteilt. Durch die Maßnahmen war geplant, 1700 Personen an zusammen 241 000 Arbeitstagen zu beschäftigen.

In diesen Zahlen sind enthalten ist die anerkannte Maßnahme für die Inhaberschaft von in Verfall geratenen Breslauer Häusern und Wohnungen, für welche aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge vom preussischen Minister für Volkswohlfahrt 3 625 000 Mark als Verlußtzuschuß bereitgestellt worden sind.

Um einen Ueberblick zu gewinnen, wieviel Erwerbslose der verschiedenen Berufs tätig bei Hilfsarbeiten, welche aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert werden, zurzeit beschäftigt sind, hat der Reichsarbeitsminister eine Zählung, mit dem 30. September d. J. als Stichtag, angeordnet. Das Ergebnis wird im nächsten Monatsbericht angegeben werden.

Für 28 000 Mark Garne gestohlen.

In der Nacht zum 4. September war bei der Firma Weh, Hummerlei 57, eingebrochen worden. Die Einbrecher, 3 an der Zahl, hatten sich für 28 000 Mark Garne angeeignet und sie wollten gerade daran gehen, die Waren zu verpacken und fortzuschaffen, als der Hausmeister hinzukam und die Bande sehnemmen ließ. Es handelte sich um den Kriegsverletzten, Schlossergehelfen Theodor Dolata, der früher Vorstandsmitglied des Erwerbslosensrates war, den geistig minderwertigen Kellner Fritz Braune und den Schneider Paul Jakobik. Alle drei sind wegen Eigentumsvergehens bereits vorbestraft. Dolata hatte die Gelegenheit des Diebstahls ausgenutzt und auch die Schloffer erbrochen. Die Strafkammer nahm nur verurteilen schweren Diebstahl an und verurteilte Dolata zu 9, Braune und Jakobik zu 6 Monaten Gefängnis.

Sozialdemokratische Stadtverordnete und Stadträte. Morgen Dienstag, den 26. Oktober, abends 6 Uhr: Fraktions-Sitzung. Neuwahl des Fraktionsvorstandes.

Volkskunst. Im Rahmen der Fachhochkurse für Wirtschaft und Verwaltung finden an der Universität Breslau von Anfang November bis Ende Februar folgende Vorlesungen statt, an denen neben Studierenden auch Beamte, Angestellte und sonstige Interessenten teilnehmen können: Prof. Dr. Helfrich: Neuere Probleme des öffentlichen Rechts in ihrer Beziehung zum Kommunalrecht. — Justizrat Dr. Steinig: Ausgewählte Kapitel aus der Wohnungsfrage. — Stadtrat O. Tilgner: Kommunales Armenwesen. — Prof. Dr. Brud: Die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen. — Geh. Justizrat Dr. Heilberg: Kommunales Verfassungsrecht. — Dr. Ergang, Direktor des Statistischen Amtes: Kommunalfiskal. Vorlesungsverzeichnisse und Teilnehmerkarten sind in der Geschäftsstelle der Fachkurse, Universität, 2. Stad, werktäglich von 9—12 1/2 Uhr, erhältlich.

Der Verband Breslauer Mieter hat für Dienstag, den 26. d. Mts., eine öffentliche Mieterversammlung nach dem „Schutz“, Albalberstraße 10, einberufen (s. Inserat).

Filmklub. Im Ufa-Theater sieht man — o Wunder — einen anscheinend, amerikanischen Film. Ohne die (allerhöchstens) amerikanischen Sensationsmacherer läuft das Spiel von der Liebe zum und Leid unter „Alaska's Urwaldriesen“ ab und man hat eine herrliche Freude an dem frischen, feinen Spiel der Viola Dava, die im Gegenlag zu vielen anderen Filmchauspielerinnen etwas kann. Der zweite Film „Das Abenteuer des Dr. Kircheisen“ ist eine (nach dem bekannten Roman „Das Mangobaumwunder“) trefflich dargestellte und ausgestattete Traumgeschichte, die durch das lebenswirdige amüante Spiel Hermann Hiltigs mit Recht großen Beifall findet. Die musikalische Begleitung ist ausgezeichnet. Im Ufa und in der Schauburg läuft der große Film „20 000 Meilen unterm Meer“, der weniger durch die Handlung und Darstellungen, als durch die sehr gut gelungenen Aufnahmen vom Meeresgrund mit seinen fabelhaften Wandern Beachtung verdient. Selbst die „tiefen“ Geheimnisse des Meeres sind vor dem Kinooperateur nicht mehr sicher, und man sieht staunend eine neue, bisher unbekannt Welt.

Ertappter Taschendieb. Einem hiesigen Landwirt, der dieser Tage auf dem Frühmarkt eifrig seine Geschäfte betrieb, wurde von einem Arbeiter unversehens die Brieftasche, in der sich 750 Mark befanden, gemault; aber das war von jemand bemerkt worden, der den Langfinger sofort festnehmen ließ, nachdem ihm die Beute abgenommen war.

Bermittelt wird die 52 Jahre alte Arbeiterin Ida Hansa von Andersenstraße 16 seit dem 28. August. Die Frau ist etwa 1,55 Meter groß, dunkelblondes Haar und braune Augen und war bekleidet mit schwarzer Bluse, grauem Lobenrock, weißem J. S. oder J. S. gezeichnetem Hemd und schwarzen Schuhen.

Schauspielhaus.

Gastspiel Else Knepel.

Die deplazierte Besetzung der Hortense in der Erstaufführung des neu einstudierten „Opernhalls“ war eine Fritulität gegen den Freigeist dieser vornehmen Musik. Else Knepel hat das Unrecht aus eindringliche gelüht und durch ihre reichs-hauptstädtische Kunst die Hortense in die ihr zustehende Spähre der ihr geistverwandten Fiedermaus-Abel erhoben. Jetzt erst wurde die verführerische, betörende, den letzten Widerstand in ein beseliges Gewähren auflösende Eindringlichkeit des „Geh'n wir ins Kambre lezaree“ liebeswarmer Klang, jetzt erst fand die mozarische Feinmalchigkeit des Brieferszeitis eine ideale Tonverbindung. Jetzt erst wurde die kostbare Poliphonie des zweiten Finales transparent. Und noch lebhafter hatte ich das Empfinden, daß diese Musik für die Ohren des durchschnittlichen Schauspielhauspublikums zu hoch ist, oder vernehmen willst die p. t. Herrschaften meines parkettmachbarlichen Umkreises, daß die mit der zaristischen Flüsterstimme der Trompete von Zericho ausgekramten Familienangelegenheiten die Allgemeinheit stärker interessieren, als die geistreiche Unterhaltung Heubergers? gh.

Robertheater.

Bilkom.

Vorstadtlgende von Franz Molnar.

Dieses Stück hat eine gute und eine schlechte Hälfte, eine irdische und eine überirdische und so gut, lebenswahr, sehr amüsan und auch sehr traurig die irdische ist, so schlecht, fischig und banal ist die überirdische. Also, wer ist der Vilkom? Ein Dienstherr, fischer, Ringelbudenausrufer, Strohh, Gauner, Wüterich — und doch ein kindersarter Kerl. Die Faust ballt sich in jähem Zorn und schlägt — und nachher meint das Herz. Und wegen der Julie, die ihn so wie er nun mal ist, grenzenlos liebt zu erwartenden Kindes wird er fast zum Raubmörder. Aber als man ihn fangen will, kriecht er sich tot. „Damit aber ist die Sache noch nicht erledigt“, wie Molnar den am Totenbett plötzlich erscheinenden himmlischen Polizisten läßt dichterisch sagen läßt. Der arme tote Vilkom muß in den Himmel reifen. Da oben gibt es auch einen „Polizeikommissar“, vor dem Vilkom genau so trotzig frech auftritt wie in seiner verstorbenen irdischen Welt. Aber den Himmel kann der gute Dichter uns nicht aufstun. Da hinaufzuführen, sind ihm keine Flügel gewachsen und so kann er auch uns nicht hinauftragen. Er wollte das Hohenlied der allesvergebenden Liebe singen, die sich geschlagen und getreten, noch wunderbar ausströmt — aber er bleibt im Sande der Frachheit und Banalität hängen. Die Kraft des Wortes und die dichterische Schau, die uns hier hätte mitreißten müssen, sind ihm verfliegen, und es bleibt die Langeweile und der Eindrud, einen nicht einmal gelungenen Akt zu sehen.

Die Darstellung war gut. Direktor Barnag als Bilkom gab dieser reichlich gesehenen Gestalt lebensschöne Züge. Gerda Melzer's Julie war erhellend in ihrem Leid. Ganz vorzüglich spielte Grete Kaiser das naive, bralle, verliebte Dienstmädchen Marie. Die beste Leistung des Abends.

Von den zahlreichen übrigen Darstellern sei vor allem noch der Fiskur Wilhelm Lichtenbergs erwähnt; seine famose Typpe, Lichtenbergs Spielleitung sorgte für hübsche Bilder. Das Publikum dankte den Darstellern, vor allem Herrn Barnag, den es oft hervorrief.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Ringkämpfe. Suna-Säle, Straßensektor. Recht interessant waren die Resultate der letzten beiden Tage. Stofed konnte sich nur kurze Zeit gegen Jaago halten und erlag einem Ueberwurf. Auch Reider mußte sich vor Keiström beugen. Brüdner und Johnson kämpften 20 Minuten ohne Ergebnis. Saft warf noch am Sonntag recht schnell den Münchener Reider durch Untergriff. Letzt verjagte sich mit seiner letzten Kraft seiner Niederlage zu entgehen, was ihm aber gegen Jaago nicht gelang; er wurde das Opfer eines Schlägens. — Heute Montag sind recht spannende Kämpfe vorgesehen. Saft kämpft gegen den jungen, tüchtigen Schütz. Auch begegnen sich die beiden Leguiter Letto mit Brüdner. Letzter Kampf ist Entscheidung Johnson-Lichtenbergs gegen Jaago, Europameister.

